

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Mittwoch, 14.12.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 12:00 Uhr

Ende: 14:00 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Frau Heidemarie Mundlos

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Thorsten Wendt - CDU

Vertretung für: Herrn Kurt Schrader

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Arnim Graßhoff -

Herr Andreas Paruszewski -

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Frau Christine Wolnik -

Herr Rolf Kamphenkel -

Herr Norbert Velten - Sprecher AGW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether -

Frau Claudia Barget - Verwaltung

Frau Jaqueline Puls -

Abwesend

Mitglieder

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

entschuldigt

Herr Kurt Schrader - CDU

abwesend

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2016
- 3 Flüchtlingsangelegenheiten
- 4 Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020 16-03430
- 5 Braunschweiger Bürgerhaushalt 16-03445
- 6 Mitteilungen
- 6.1 Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 -2020; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen 16-03435
- 7 Anträge
- 7.1 Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung: Geschäftsverteilung und Zuständigkeiten zwischen Sozialdezernat und Jobcenter 16-03416
- 8 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie regt an, die Mitteilung zu TOP 6.1 im Anschluss an den TOP 3 zu behandeln, weil dadurch die Anfragen und Anregungen der Fraktionen zum Haushalt beantwortet werden.

Ratsfrau Buchholz erläutert, dass der Antrag zu TOP 7.1 als Anfrage zu verstehen sei, eine Abstimmung über die Aufnahme auf die Tagesordnung ist aufgrund der fristgerechten Einreichung entbehrlich.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2016

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen beschlossen.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9; dagegen: 0; Enth.: 2

3. Flüchtlingsangelegenheiten

Frau Dr. Hanke führt die aktuellen Flüchtlingszahlen aus.

Derzeit beträgt die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge 187, von denen 76 in städtischen Einrichtungen untergebracht seien.

Zurzeit sind 427 Erwachsene Flüchtlinge zugewiesen worden (Stand: 30.11.2016). Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass die Zuwendungsquote von 437 bis zum Jahresende nicht ausgeschöpft werden wird.

Die Flüchtlinge sind wie folgt untergebracht:

117 Flüchtlinge in der Arminiusstraße

97 Flüchtlinge in der Saarbrückener Straße

81 Flüchtlinge in Wohnungen der Nibelungen-Wohnbau-GmbH

Darüber hinaus sind Flüchtlinge bei Freunden und Verwandten untergebracht.

Auf Nachfrage von Herrn Merfort wird die Anzahl dieser Personen zum Protokoll wie folgt beantwortet:

"103 der 427 zugewiesenen Flüchtlinge wohnen nicht in städtischen Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. in dezentralen Wohnungen zur Unterbringung sondern bei Verwandten, Freunden etc. Diese Zahl variiert ständig durch weitere Zuweisungen, freiwillige Ausreisen, Anerkennungen, Abschiebungen etc. Es ist davon auszugehen, dass ein Teil dieses Personenkreises nach Fertigstellung der Standorte dort aufgenommen wird."

Des Weiteren teilt Frau Dr. Hanke mit, dass zu Jahresbeginn eine Beschlussvorlage zum weiteren Nutzungskonzept der Unterkünfte vorgelegt werde.

4. Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 - 2020

16-03430

Anfragen und Anregungen

A 015

Frau Ohnesorge weist auf widersprüchliche Aussagen hinsichtlich der Erstellung eines schlüssigen Konzepts zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft hin.

Herr Klockgether erläutert dazu, dass es eine mittelbare Verpflichtung zur Erstellung des schlüssigen Konzepts gebe, aber Erkenntnisse aus anderen Kommunen vorliegen, dass eine Umsetzung der Konzepte durch die Gerichte nicht anerkannt wurden. Deshalb sehe die Stadt derzeit aus Gründen der Rechtssicherheit von einer Umsetzung ab, bis eine höhergerichtliche Entscheidung vorliege.

Weitere Nachfragen auf die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anfragen und Anträgen der Fraktionen werden abschließend beantwortet.

Finanzunwirsame Anträge

FU 038 - BuT Anträge immer beilegen

Herr Klockgether führt aus, dass seitens der Leistungsgewährungen des Fachbereiches Soziales und Gesundheit weitestgehend so verfahren werde. Aufgrund der zentralen Bescheiderteilung der SGB II Leistungen durch die Bundesagentur für Arbeit sei es nicht möglich den Bescheiden Anträge für BuT-Leistungen beizufügen. Er weist auf die umfangreichen Informationen und Beratungen im Rahmen der Antragstellungen hin.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 1

FU 039 - Strategische Ziele FB 50 verändern

Herr Merfort erläutert, dass eine grundsätzliche Zustimmung der CDU-Fraktion nicht erfolgen könne, weil die zu Ziff. 1 geforderte pauschale Ausweitung und auch die zu Ziff. 3 geforderte generelle dezentrale Unterbringung abgelehnt würde.

Frau Schütze hält die Festlegung zu Ziff. 3, eine dezentraler Unterbringung aller Wohnungslosen bis Ende 2017 vorzusehen, für unrealistisch und nicht umsetzbar. Die SPD-Fraktion könne dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

Frau Ohnesorge schlägt darauf hin vor, die Ziffern getrennt voneinander abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung zu Ziff. 1: dafür: 7; dagegen: 4; Enth.: 0
zu Ziff. 3.: dafür: 2; dagegen: 8; Enth.: 1
zu Ziff. 4: dafür: 7; dagegen: 4; Enth.: 0

FU 041 - Politische Schwerpunktsetzung bei vorsorgeorientierter Haushaltspolitik

Herr Merfort erläutert, dass sich der Antrag nicht ausschließlich auf den Teilhaushalt des Fachbereiches für Soziales und Gesundheit beziehe und er deshalb im Rahmen des Gesamthaushaltes berücksichtigt werden solle.

Frau Schütze verweist auf eine noch ausstehende interfraktionelle Abstimmung und stellt deshalb den Antrag auf passieren lassen:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 1

Finanzwirksame Anträge

Dem Vorschlag von Frau Schütze gleichlautende Anträge gemeinsam abzustimmen wird zugestimmt.

Auf Vorschlag von Frau Naber werden die Anträge FWE 80, 81 und 110 zur Dynamisierung der Zuwendungen vor der Abstimmung der übrigen Anträge behandelt.

Herr Merfort erklärt, dass es noch Verhandlungen zwischen den Fraktionen im Hinblick auf einen tragfähigen Gesamthaushalt gebe. Seine Fraktion könne die vorliegenden Anträge weitestgehend unterstützen, werde sich aber vorerst überwiegend enthalten.

Herr Velten, Sprecher der AGW, sieht in den Anträgen der AfD auf vollständige Kürzung von Zuwendungen ein Affront gegen die Arbeit der Wohlfahrtsverbände.

Dr. Müller erklärt die Anträge der AfD damit, dass seine Fraktion sich dafür einsetze den Haushalt 2017 mit einer "schwarzen Null" abzuschließen. Darüber hinaus wirft er den Wohlfahrtsverbänden vor, wie Großkonzerne zu aggieren und sich im eigenen Interesse auszuweiten zu Lasten der Allgemeinheit.

Diese Haltung wird von den übrigen Fraktionen scharf zurückgewiesen und die Arbeit der Wohlfahrtsverbände ausdrücklich unterstützt. Um dies zu Unterstreichen verliest die Verwaltung auf Vorschlag von Frau Ohnesorge die Stellungnahme auf die AfD-Anträge.

FWE 80, 81 und 100

Unter Verweis auf weiteren Abstimmungsbedarf unter den Fraktionen beantragen Frau Schütze und Herr Merfort den Antrag passieren zu lassen, dies wird wie folgt beschlossen:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9; dagegen: 1; Enth.: 1

FWE 053 - Kinderarmut wirksam bekämpfen

Frau Schütze führt aus, dass der Antrag aus Sicht der SPD-Fraktion zu unkonkret ist und deshalb abgelehnt werde.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 2; dagegen: 9; Enth.: 0

Antrag SBR 120 - Stadtplan für ältere Menschen

Frau Ohnesorge bittet, bezogen auf alle Stadtbezirksratsanträge zum Haushalt 2017, über diese im Ausschuss abzustimmen und nicht wie oftmals in den Vorjahren passieren zu lassen. Sie erwarte eine kurze Information der Verwaltung zu den Anträgen, damit eine Abstimmung erfolgen könne.

Herr Klockgether erläutert zum Antrag des SBR 120, dass die Erstellung eines Stadtplanes für ältere Menschen in der Folge zu aktualisieren sei. Insofern würden in der Folge deutlich höhere Kosten auf die Verwaltung zukommen.

Herr Wiechers, aus dem SBR 120, schlägt vor die Erstellung eines Stadtplans im Stadtbezirk Östliches Ringgebiet als Pilotprojekt anzusehen, mit dem Ziel, dass auch weitere Stadtbezirke folgen werden.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 7; dagegen: 4; Enth.: 0

FWE 123 neu - Zuschuss für die Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve

Frau Buchholz führt aus, dass sich die Nutzung der Begegnungsstätte aufgrund der zurückgegangenen Flüchtlingszahlen verändert habe. Der Verein möchte das Projekt aufgrund der entstandenen Aktivitäten weiter fortführen.

Frau Dr. Hanke verweist aufgrund der veränderten Nutzung auf die Gleichbehandlung mit anderen Stadtteilen, in denen ebenfalls Bedarfe nach Begegnungsstätten bestünden. Ergän-

zend teilt sie mit, dass der Antrag im Ausschuss für Integrationsfragen abgelehnt wurde.

Auf Antrag von Frau Schütze beschließt der Ausschuss den Antrag vorerst passieren zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10; dagegen: 1; Enth.: 0

Investitionsprogramm 2016 -2020

Antrag SBR 221 und BIBS - Ergänzung d. sanitäten Anlagen Sinti-Platz Madamenweg

Frau Schütze berichtet, dass der Stadtbezirksrat 221 Anfang des Jahres eine Ortsbegehung plane. Sie beantragt aus diesem Grunde die Anträge bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit zu verschieben. Darüber wurde wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Antrag SBR 211 - Altes Feuerwehrhaus in Leiferde

Herr Klockgether führt ergänzend aus, dass grundsätzlich eine Nutzung auch durch den Seniorenkreis denkbar wäre, dann aber erhebliche Umbauten notwendig wären. Seitens der Liegenschaftsverwaltung wurde mitgeteilt, dass geplant sei das Gebäude zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 0; dagegen: 8; Enth.: 3

Anträge 116 und 117 - Wohnraum/Schaffung preiswerten Wohnraums

Die Verwaltung sichert zu, dass beabsichtigt sei eine grobe Schätzung der Kosten bis zur Entscheidung im Rat vorzulegen.

Der Antrag auf passieren lassen wird wie folgt abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Auf Vorschlag von Frau Schütze werden die Ziffern 2, 7, 8 18 und 19 gemeinsam mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Ansatzveränderung - Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe (ZSW)

Die geplante Ansatzveränderung der Verwaltung wird positiv zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ersatzbeschaffung eines PKW's für das Gesundheitsamt

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Die nicht aufgeführten Anträge wurden ohne weitere Aussprache abgestimmt. Die Einzelergebnisse sind der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Beschluss:

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.

2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2017 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit (Anlage 3) und dem Entwurf des Investitionsprogramms 2016 -2020 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Einzelabstimmungsergebnisse zu Ziff. 1 sind erfolgt (s. Anlage)

Im übrigen wird zu Ziff. 2 die Beschlussvorlage mit "passieren lassen" entschieden mit folgendem Abstimmungsergebnis:

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

5. Braunschweiger Bürgerhaushalt

16-03445

Vorschlag Nr. 3384 - Dringendst sozialen Wohnraum schaffen

Herr Merfort hält den Bürgerantrag durch den gefassten Ratsbeschluss zu der gleichen Thematik für erledigt.

Frau Ohnesorge möchte zum Ausdruck bringen gegenüber dem Bürger, dass der Antrag vom Ausschuss für Soziales und Gesundheit positiv unterstützt werde. Sie betrachte ihn aber ebenfalls durch den Ratsbeschluss für erledigt.

In der Folge sprechen sich 9 Ausschussmitglieder für die folgende Aussage aus:

"Der Ausschuss hat den Antrag behandelt, betrachtet ihn aufgrund des Ratsbeschlusses zu diesem Thema als erledigt."

Zwei Ausschussmitglieder plädieren für folgende Aussage:

" Der Antrag wird positiv unterstützt, aber durch den Ratsbeschluss als erledigt betrachtet."

Vorschlag Nr. 3317- Kapazität vom Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof optimieren

Der Antrag wird positiv zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis

dafür: 11; dagegen: 0; Enth.: 0

Beschluss:

Über die dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit vorzulegenden Bürgerhaushalts-Vorschläge wird abgestimmt wie in der Anlage vermerkt. Die Anlage samt Einzelabstimmungsergebnissen ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8; dagegen: 0; Enth.: 3

6. Mitteilungen

- 6.1. Haushalt 2017 - Investitionsprogramm 2016 -2020; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen** 16-03435

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

- 7.1. Antrag auf Aufnahme in die Tagesordnung: Geschäftsverteilung und Zuständigkeiten zwischen Sozialdezernat und Jobcenter** 16-03416

Der Antrag wird als Anfrage behandelt.

Herr Klockgether erläutert, dass das Jobcenter für die Gewährung der Regelleistungen zuständig sei. Die Zuständigkeit der Kommune beschränke sich auf die Gewährung der kommunalen Leistungen zu denen u. a. die Kosten der Unterkunft und Einzelleistungen wie z. B. die Wohnungserstausstattung gehöre.

Die Gewährung der Regelleistungen richte sich nach Handlungsempfehlungen der Bundesagentur. Für die Gewährung von kommunalen Leistungen werden von der Stadt Fachbereichsverfügungen erlassen. Das bisherige Verfahren sah bei der Wohnungserstausstattung grundsätzlich Gutscheine vor. Die Fachbereichsverfügung wurde diesbezüglich aktuell geändert, so dass nun Geldleistungen gewährt werden.

Die Erläuterungen werden zur Kenntnis genommen.

gez.

Schütze
Ausschussvorsitzende

gez.

Dr. Hanke
Dezernentin

gez.

Barget
Schriftführerin